

und unterstrichen die Bedeutung der Bemühungen der europäischen Staaten zur Stärkung der Sicherheit der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens.

In diesem Zusammenhang hoben sie die große Bedeutung der Verträge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland sowie des Vierseitigen Abkommens vom 3. September 1971 hervor.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien begrüßen die bisher auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erzielten Ergebnisse und bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß diese Konferenz eine wichtige Rolle im allgemeinen Prozeß der Verbesserung der Beziehungen und der Festigung des Friedens in Europa spielt. Sie werden weiter aktiv dafür wirken, daß die Konferenz schnellstmöglich erfolgreich abgeschlossen wird. Das würde sich, entsprechend der Auffassung beider Seiten über die Unteilbarkeit des Friedens in der Welt, auch günstig auf andere Teile der Welt auswirken und die Beseitigung der bestehenden gefährlichen Krisenherde positiv beeinflussen, besonders derjenigen, die sich in der Nähe des europäischen Kontinents befinden, wie der Nahe Osten und Zypern. Eine Lösung dieser Krisen würde sich auch günstig auf die Sicherheit in Europa auswirken.

Beide Seiten unterstrichen die große Bedeutung der Ergänzung der politischen Entspannung durch Maßnahmen zur militärischen Entspannung.

Beide Seiten brachten ihre Besorgnis über die im Zusammenhang mit Zypern entstandene Situation zum Ausdruck. Sie unterstrichen, daß eine politische Lösung des Zypernproblems nur möglich ist auf der Basis der vollen Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität und Nichtpaktgebundenheit der Republik Zypern sowie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, einschließlich der vollen Gleichberechtigung der beiden nationalen Gemeinschaften. Beide Seiten hoben die Notwendigkeit des unverzüglichen Abzuges aller ausländischen Streitkräfte von der Insel hervor.

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, und der Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Vorsitzende des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz Tito, erörterten die gegenwärtige Situation im Nahen Osten und stellten fest, daß infolge der aggressiven Haltung Israels auch weiterhin die Gefahr neuer militärischer Konflikte in dieser Region besteht. Sie hoben hervor, daß der völlige Abzug Israels aus allen okkupierten arabischen Territorien und die Gewährleistung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich des Rechts auf Bildung eines eigenen Staates, Grundbedingung einer friedlichen und gerechten Lösung der Nahostkrise sind. Nur auf dieser Grundlage ist es möglich, einen gerechten und dauerhaften Frieden